

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
 Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis: vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
 Eingetragen in die Postzeitungsliste

Verleger u. verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Nichtenberg
 Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schillerstraße 6
 Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin S. 23. 63

Insertionspreis:
 Geschäftsanzeigen kosten die sechsgepackte Kolonietzelle 40 Pfennig
 Schluss für Inserate: Montag früh 8 Uhr.

Die Gewerkschaften am Schluss des ersten Kriegsjahres.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat sich während des Krieges wiederholt bemüht, durch Erhebungen bei den ihr angeschlossenen Verbänden den Einfluss des Krieges auf die Gewerkschaften statistisch darzustellen. Die letzte dieser Erhebungen wurde am 31. Juli vorgenommen.

Die der Generalkommission angeschlossenen Verbände zählten am Schluss des 2. Quartals 1914, also vor Ausbruch des Krieges, 2 510 585 Mitglieder. Dagegen betrug der Mitgliederbestand am 31. Juli d. J. 1 180 049. Auch während des Krieges blühten die Gewerkschaften ihre Werbekraft nicht völlig ein, was durch die Tatsache belegt wird, daß die Statistik 243 837 neu eingetretene Mitglieder verzeichnet.

Die Zahl der Eingezogenen hat sich naturgemäß während der Kriegsdauer ständig gesteigert. Bis zum 31. Juli waren 1 061 404 = 42,7 Proz. zum Seeresdienst eingezogen. Der Prozentsatz der Eingezogenen ist in den einzelnen Verbänden sehr verschieden. Er steigt von 23,8 Proz. bei den Tabakarbeitern bis auf 73,2 Proz. bei den Bäckern.

Von der Berichterstattung über den Grad der Arbeitslosigkeit wurden 1 139 095 Mitglieder erfasst. Davon waren am 31. Juli, dem Erhebungstage, 30 006 = 2,6 Proz. arbeitslos. Außerdem arbeiteten noch 44 379 Mitglieder bei verkürzter Arbeitszeit und verkürztem Lohne. Durch die Anfang September v. J. stattgefundenen Erhebung wurde festgestellt, daß von je 100 Mitgliedern 21,2 arbeitslos waren. Die Gegenüberstellung der Prozentzahlen an den beiden, zehn Monate auseinanderliegenden Erhebungstagen spiegeln die bei Ausbruch des Krieges herbeigeführte plötzliche Unterbrechung des friedlichen Erwerbslebens und die später eingetretene Festigung der Wirtschaftslage wider. Ist auch die Gesamtlage auf dem Arbeitsmarkt zurzeit den Umständen nach günstig, so weisen doch einzelne Berufe recht erhebliche Arbeitslosenziffern auf. 5 Verbände hatten 10—15, 7 Verbände 3—5, 17 Verbände 1—3 und 11 Verbände weniger als 1 Proz. arbeitslose Mitglieder. 9026 Mitglieder erhielten Arbeitslosenunterstützung.

Die Unterstützung der Arbeitslosen seit Beginn des Krieges hat die Zentralverbände übermäßig stark belastet. Bis zum 31. Juli wurden dafür 21 578 506 Mark verausgabt. Trotzdem wurden auch noch die Familien der eingezogenen Mitglieder bedacht. Zur Unterstützung derselben wurden 10 421 584 M. aufgewendet. Insgesamt verausgabten die Zentralverbände für Unterstützungen aller Art vom Beginn des Krieges bis 31. Juli d. J. 36 724 161 M.

Das sind Leistungen, die weit über den Rahmen der den Gewerkschaften in Friedenszeiten gestellten Aufgaben hinausgehen. Das „Korrespondenzblatt“ hebt denn auch hervor, daß bei dieser starken finanziellen Belastung und die durch die Einberufung der männlichen Mitglieder zum Kriegsdienst erfolgten Schwächung der Gewerkschaften diese kaum alle den nach dem Kriege an sie gestellten Anforderungen völlig gerecht zu werden vermögen. Die aus dem Felde zurückkehrenden Mitglieder hätten aber das Recht auf Hilfeleistung, wenn sie arbeitslos bleiben oder der Erholung von den Strapazen des Felddienstes bedürfen. Diese Hilfeleistung darf den Gewerkschaften nicht allein überlassen bleiben. Hier sei es Pflicht des Reiches, einzugreifen und ausreichende Mittel für die Hilfsbedürftigen zur Verfügung zu stellen. Es muß anerkannt werden, daß auf Anforderung der Gewerkschaftsvertreter die Reichsregierung weitere 200 Millionen Mark dem Hilfsfonds für die durch den Krieg in ihrer Lebenshaltung Beeinträchtigten und für die Familien der Kriegsteilnehmer überwiesen hat. Pflicht der Reichsregierung sei es, zur gegebenen Zeit die zur Hilfeleistung erforderlichen Mittel bereitzustellen.

Was wird werden?

Hierzu schreibt Heinrich Cunow u. a.:

Mag die Frage danach, wie sich nach dem Kriegsende das Wirtschaftsgetriebe gestalten wird, noch so wichtig sein, wichtiger ist die soziale Gegenwartarbeit. Zudem läuft heute noch jeder Versuch, die Lebensdauer und die Fortzeugungskraft der durch die Kriegsnot geschaffenen kriegswirtschaftlichen Neueinrichtungen ermitteln zu wollen, auf eine bloße Wahrscheinlichkeitsrechnung hinaus. Denn wir wissen nicht, welche Veränderungen die kommenden Kriegsmomente noch in unserem Wirtschaftsleben hervorrufen werden, welche Lasten und Kraftreserven der Krieg uns hinterlassen und welche neuen Lebensmöglichkeiten er uns eröffnen wird — und doch werden diese Faktoren von bestimmendem Einfluß auf die neue Wirtschaftsperiode nach dem Kriege sein.

Lafächlich kommen denn auch die bürgerlichen Sozialwissenschaftler, die den heute noch die nächste Wirtschaftszukunft verhüllenden Schleier lüften möchten, über einige allgemeine Wahrscheinlichkeitsbetrachtungen nicht hinaus. Dennoch sind keineswegs alle derartigen Versuche ohne weiteres unnützlich, denn ist es auch noch verfrüht, schon heute feststellen zu wollen, wie nach dem Kriege sich das Wirtschaftsleben im einzelnen gestalten wird, so lassen sich doch immerhin ziemlich deutliche Richtungslinien der Bewegung erkennen.

Charakteristisch für so manche Forderung, die bisher schon der Krieg in den Anschauungen der bürgerlichen Gelehrtenwelt herbeigebraut hat, ist die Tatsache, daß selbst jene Sozialwissenschaftler, die der Meinung sind, nach dem Kriege werde die heutige „Tendenz zum Staatssozialismus“ schnell verfliegen und das Prinzip der Wirtschaftsfreiheit wieder als allein richtig anerkannt werden, doch eine gewisse Fortwirkung der heutigen sogenannten kriegswirtschaftlichen Organisation auf die neue Wirtschaftsära annehmen. Wie weit sich diese Wirkung erstrecken wird, darüber bestehen freilich große Meinungsverschiedenheiten. Sind die einen der Ansicht, daß der Staat in seiner Fürsorge für die zukünftige Kriegsbereitschaft sich darauf beschränken wird, die Reihe der Staatsbetriebe (besonders Militärbetriebe) zu vermehren und sich über die Industriezweige, die für die Erhaltung des Wirtschaftslebens während der Kriegszeit besonders in Betracht kommen, eine gewisse Kontrolle zu sichern, so erwarten andere, wie z. B. Hermann Lehmann und Franz Oppenheimer eine Art „Vorratswirtschaft“, die schon im Frieden dafür sorgt, daß zu Kriegsbeginn nicht nur ein gewisser Vorrat von Munition, sondern auch von notwendigen Rohstoffen, Lebensmitteln und technischen Betriebsmitteln zur unge störten Fortführung des Produktionsprozesses vorhanden ist. Eine dritte Gruppe von Professoren, darunter vornehmlich Edgar Jaffé und Karl Ballod, rechnen sogar mit einer Art staatssozialistischer Organisation der wichtigsten Produktionszweige, einer sogenannten „Militarisierung des Wirtschaftslebens“.

Ballod meint in seinem Artikel „Einiges aus der Utopienliteratur der letzten Jahre“ (erstes Heft des letzten Jahrgangs des von Professor Grünberg herausgegebenen „Archivs für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung“), daß durch den jetzigen Krieg der Glaube an die Herrlichkeit der freien Konkurrenz zerstört sei und auch die Regierung zur Erkenntnis kommen werde, eine organisatorische Zusammenfassung der Kräfte bringe größere Wirkungen hervor, als die wirtschaftliche Zersplitterung vor dem Kriege. Die Folge werde sein, daß der Staat nach und nach eine Reihe von Wirtschaftszweigen in eigenen Betrieb nehmen werde. Und Edgar Jaffé sagt im ersten Kriegsheft (Dezember) seines „Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ seine Ansicht in die Worte zusammen: „Eines aber ist gewiß, nach diesem Kriege, im kommenden Frieden, wird unser Wirtschaftssystem nicht mehr das gleiche sein wie vorher. Ob wir wollen oder nicht, der Krieg wird auch hier einen ungeheuren Aufbruch nach vornwärts bedeuten, und dieser Fortschritt

kann kein anderer sein als der auf dem Wege zur Gemeinwirtschaft. Was heute unter dem Druck der militärischen Notwendigkeit geschieht, wird und kann mit diesem nicht wieder verschwinden; wahrscheinlich sind die Kriegsmassregeln nur der Auftakt zu prinzipiellen Neugestaltungen, deren Umfang noch nicht abzusehen ist.“

Ob die Folgerungen Ballods und Jaffés in allen Teilen zwingend sind, kann hier außer Betracht bleiben; daß aber in jedem Falle ihre Ansicht, nach dem Kriege werde sich viel mehr als je bisher die Forderung einer auf die militärische Kriegsbereitschaft gerichteten staatssozialistischen Organisation in unserem Wirtschaftsleben durchsetzen, eine weit größere Wahrscheinlichkeit besitzt als die entgegengesetzte Meinung, die wirtschaftliche Entwicklung werde im alten Geleise fortzuehen, darüber kann meines Erachtens bei niemandem, der die wirtschaftlichen Umwälzungen während des ersten Kriegsjahres verfolgt hat, ein Zweifel bestehen. Die Frage: „Was wird von den kriegswirtschaftlichen Maßnahmen bleiben?“ ist freilich in dieser Form unrichtig. Die meisten der jetzigen Kriegsmassregeln sind Gelegenheitsmaßnahmen, entstanden aus der Kriegsnot und bestimmt, gewissen Mängeln abzuwehren, die sich während des Krieges aus dem zersplitterten kapitalistischen Wirtschaftsbetrieb ergeben haben. Sie stellen sich daher als Organisationsimprovisationen dar, die größtenteils für die Friedenszeit gar nicht passen. Die Frage muß vielmehr lauten: „Gut sich die Erzeugung und Verteilung der Güter nach dem Prinzip der freien Konkurrenz während der Kriegszeit als den Bedürfnissen der Landesverteidigung und Volksernährung angepaßt erwiesen, oder müssen notwendig im Interesse der Landesverteidigung, des Staats- und Volkslebens Organisationsänderungen in sozialistischer Richtung vorgenommen werden?“

Die Antwort auf diese Frage kann nicht zweifelhaft sein. Bestimmte Kreise der Industriellen mögen sich in Eigeninteresse gegen die Erkenntnis sträuben, daß der freie Wettbewerb verfaßt hat; den breiten Volksmassen sowie einem großen Teil der Gelehrten, der Verwaltungsbürokratie und vor allem der Militärverwaltung dürfte denn aber doch der Krieg die Erleuchtung gebracht haben, daß es in unserem kapitalistischen Wirtschaftsgetriebe bedürfe einer Umänderung!

Ganz abgesehen von allen Kriegserfahrungen kann schon deshalb die wirtschaftliche Entwicklung nicht dort wieder einsetzen, wo sie vor dem Kriege stand, weil die kapitalistische Wirtschaft wesentlich anders aus dem Kriege herauskommt als sie hineingegangen ist, und ganz andere Lebensbedingungen vorfindet. Vornehmlich wird schon bald nach Beendigung des Krieges die Bankrottfinanz eine weit größere Rolle spielen. Reich und Bundesstaaten, Kreise und Gemeinden, sie alle werden nach Anleihen schreien, um ihre während des Krieges aufgelaufenen Geldbedürfnisse zu befriedigen. Und nicht geringere Anforderungen werden Industrie und Handel stellen; denn die Rohstoffvorräte sind aufgearbeitet, die alte Lagerware ist abgestoßen, die Maschinenriehe ist zum großen Teil verschliffen. Die Bankfinanz erlangt aller Voraussicht nach im Wirtschaftsgetriebe eine ganz andere Bedeutung, wie sie bisher gehabt hat, und mit ihrer Macht wächst die Abhängigkeit der Großindustrie und des Großhandels von ihr.

Ferner ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß, um die verbrauchten Kriegsmaterialien zu ergänzen und in ihrer Erzeugung von der Privatindustrie unabhängiger zu sein, die Seeresverwaltung auf Einrichtung neuer Militärbetriebe drängen wird, denen sich, da die enorme Kriegsverjährdung in keinem Fall allein durch neue Steuern gedeckt werden kann, voraussichtlich die staatliche Monopolisierung einer Reihe Industriezweige anreihen wird.

Und ferner wird man kaum wie bisher die Versorgung der deutschen Industrie mit unentbehrlichen

könnte in den Vordergrund rücken, das ist doch einfach selbstverständlich und daraus sollte ihm leicht von einem Organ der Reichsämter sein Verwurf gemindert werden.

Vollstreckung.

Ueberzählige, Diszidenten und Anticimen. Wie groß das Interesse der Aktionäre und der an der Leitung der privaten Gesellschaften beteiligten Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder ist, das ist aus den Verrägen zu ersehen.

Table with 5 columns: Gesellschaft, Mitglieder, Diszidenten, Anticimen, in die Gesamtschuld...

Diese Tabelle können wir nicht weiter fortsetzen.

Diese 19 privaten Gesellschaften haben zusammen eine Nettovermögen im Jahre von 18.181.114 Mk. im Jahre von 1914 von 18.181.114 Mk. im Jahre von 1913 von 18.181.114 Mk.

Die Vermögensgegenstände der von den Gewerkschaften und Gewerkschaften mit der Gründung der Reichsämter...

Verbandsnachrichten.

Verbandsrat, Redaktions und Expedition der 'Verbandszeitung'...

Diese Woche ist der 39. Wochenbeitrag fällig.

Hilfsleistungen der Hauptverwaltung.

Einreichung der Mitgliedsbücher und Auszahlung von Unterstützungen betreffend.

Es wird wieder darauf aufmerksam gemacht, daß die Mitgliedsbücher...

Das Reichsamt Reichsämterverwaltung wird, nachdem die...

Die Reichsämterverwaltung wird, nachdem die...

Die Reichsämterverwaltung wird, nachdem die...

Die Reichsämterverwaltung wird, nachdem die...

Die Reichsämterverwaltung wird, nachdem die...

Die Reichsämterverwaltung wird, nachdem die...

Die Reichsämterverwaltung wird, nachdem die...

aufnahme der Arbeit einen höheren Beitrag leisten, als vor ihrer Einberufung zum Meer bzw. vor dem Inkrafttreten des neuen Statuts...

Verbands-Notizkalender.

Zu Abhilfe auf die noch immer erfolgenden Einberufungen von Mitgliedern zu Geschäftsversammlungen...

Notizkalenders für 1916

Abstand zu nehmen. Der Verbandsvorstand wird ersuchen, das wichtigste für den Notizkalender für das Jahr 1916 bestimmende Material...

Bei dieser Gelegenheit sei nochmals an die endgültige Abrechnung der im vorigen Jahre verhandelten Verbands-Notizkalender erinnert.

Verleumdung und für ungültig erklärte Mitgliedsbücher: Hans Kaiser, Brauer, Sudm. 80 123, geb. 4. Dezember 1886...

Das Mitgliedsbuch Nr. 67 867: Anton Straßer, Brauer, geb. 16. Oktober 1869 zu Riedling...

Das Mitgliedsbuch Nr. 57 923: Franz Aripner, Brauer, geb. 1. Januar 1859 zu Rappolter...

Geborene Mitglieder.

- (Die Summe des an die Hinterbliebenen laut Statut ausbezahlten Sterbegeldes ist in Klammern beigefügt.) Nordhausen: Karl Neumeyer, Hilfsarbeiter, 44 Jahre 128 Mk.; Pörskau: Julius Baum, Arbeiter, 39 Jahre 172 Mk.; Paul Böhm, Arbeiter, 34 Jahre 165 Mk.; Marianne Timmann, Hilfsarbeiterin, 45 Jahre 156 Mk.; Gustav Jürsch, Arbeiter, 39 Jahre 178 Mk.; Ködel: Karl Berlin, Arbeiter, 46 Jahre 155 Mk.; Konrad: Christian Christoph, Arbeiter, 49 Jahre 170 Mk.; August Lichte, Arbeiter, 37 Jahre 172 Mk.; Mannheim: Gustav Stegmann, Mühlenarbeiter, 48 Jahre 165 Mk.; Berlin: Aris Damm, Kleinfabrikarbeiter, 39 Jahre 198 Mk.; Marie Sommerbauer, Arbeiterin, 41 Jahre 141 Mk.; Karl Füh, Arbeiter, 33 Jahre 166 Mk.; Friedrich Drustar, Arbeiter, 45 Jahre 110 Mk.; Johann Witzig, Arbeiter, 33 Jahre 168 Mk.; Albert Kaste, Brauer, 34 Jahre 108 Mk.; Hermann Brigel, Arbeiter, 44 Jahre 108 Mk.; Emil Jahn, Kleinfabrikarbeiter, 33 Jahre 190 Mk.; München: Günther Lenzel, Arbeiter, 61 Jahre 169 Mk.; Josef Baßgras, Brauer, 45 Jahre 108 Mk.; Josef Strabel, Hilfsarbeiter, 43 Jahre 141 Mk.; Fersen: Hedwig, Arbeiterin, 38 Jahre 141 Mk.; Johanna Köhler, Kaufmann, 33 Jahre 169 Mk.; Johann Haselbeck, Arbeiter, 33 Jahre 169 Mk.; Josef Dreimüller, Arbeiter, 33 Jahre 169 Mk.; Josef Carl, Brauer, 49 Jahre 168 Mk.; Feinzig: Louis Möbner, Müller, 36 Jahre 160 Mk.; Dresden: Stephan Schumann, Arbeiter, 65 Jahre 166 Mk.; Garmisch: Carl Steidung, Mühlenarbeiter, 73 Jahre 172 Mk.; Braunsberg: Peter Baum, Hilfsarbeiter, 45 Jahre 136 Mk.; Braunsberg: Julius Wolf, Hilfsarbeiter, 39 Jahre 190 Mk.; Paul Auerer, Arbeiter, 46 Jahre 180 Mk.; Solingen: Johann Körn, Kaufmann, 38 Jahre 162 Mk.; Karlsruhe: Julius Schmidt, Arbeiter, 31 Jahre 152 Mk.; Frankfurt a. M.: Johann Jung, Arbeiter, 43 Jahre 166 Mk.; Friedrich Bernheim, Arbeiter, 43 Jahre 166 Mk.; Wilhelm Fick, Arbeiter, 34 Jahre 198 Mk.; Conrad Schrad, Arbeiter, 46 Jahre 168 Mk.; Dresden: Max Jakob, Bierverleger, 46 Jahre 168 Mk.; Hermann Wöbel, Arbeiter, 39 Jahre 162 Mk.; Friedrich Wöbel, v. D., Arbeiter, 31 Jahre 162 Mk.; Guben: August Kiemann, Arbeiter, 62 Jahre 172 Mk.; Hagen: Carl Paul, Brauer, 31 Jahre 178 Mk.; Guben: Gustav Gernberg, Arbeiter, 37 Jahre 108 Mk.; Weibowen: Carl Josef Langh, Brauer, 40 Jahre 168 Mk.; Friedrich Herr, Arbeiter, 66 Jahre 160 Mk.; Schwanau: Carl Wilhelm Schumann, Arbeiter, 47 Jahre 168 Mk.; Garmisch: Konrad Sommer, Brauer, 47 Jahre 119 Mk.; Carl Johann, Sanitarier, 43 Jahre 168 Mk.; Garmisch: Karl Thurnau, Müller, 46 Jahre 169 Mk.; Garmisch: Hermann Samardel, Müller, 44 Jahre 178 Mk.; Weidenau: Martin Wör, Arbeiter, 47 Jahre 168 Mk.; Garmisch: Anton Wör, Brauer, 47 Jahre 169 Mk.; Garmisch: Jakob Wöbel, Müller, 65 Jahre 168 Mk.; Garmisch: Emil Mann, Arbeiter, 31 Jahre 168 Mk.

Unbezahltes Sterbegeld an die Mitglieder beim Tode der Ehefrau.

- Carl, Mühlberg, 32 Mk.; Wobescher, Berlin, 24 Mk.; Garmisch, 17 Mk.; Weidenau, Berlin, 26 Mk.; Garmisch, Dresden, 32 Mk.; Jäger, Weidenau, 34 Mk.; Garmisch, 29 Mk.; Schwanau, Dresden, 37 Mk.; Garmisch, 26 Mk.; Weidenau, 39 Mk.; Garmisch, 40 Mk.; Garmisch, 41 Mk.; Garmisch, 42 Mk.; Garmisch, 43 Mk.; Garmisch, 44 Mk.; Garmisch, 45 Mk.; Garmisch, 46 Mk.; Garmisch, 47 Mk.; Garmisch, 48 Mk.; Garmisch, 49 Mk.; Garmisch, 50 Mk.; Garmisch, 51 Mk.; Garmisch, 52 Mk.; Garmisch, 53 Mk.; Garmisch, 54 Mk.; Garmisch, 55 Mk.; Garmisch, 56 Mk.; Garmisch, 57 Mk.; Garmisch, 58 Mk.; Garmisch, 59 Mk.; Garmisch, 60 Mk.; Garmisch, 61 Mk.; Garmisch, 62 Mk.; Garmisch, 63 Mk.; Garmisch, 64 Mk.; Garmisch, 65 Mk.; Garmisch, 66 Mk.; Garmisch, 67 Mk.; Garmisch, 68 Mk.; Garmisch, 69 Mk.; Garmisch, 70 Mk.; Garmisch, 71 Mk.; Garmisch, 72 Mk.; Garmisch, 73 Mk.; Garmisch, 74 Mk.; Garmisch, 75 Mk.; Garmisch, 76 Mk.; Garmisch, 77 Mk.; Garmisch, 78 Mk.; Garmisch, 79 Mk.; Garmisch, 80 Mk.; Garmisch, 81 Mk.; Garmisch, 82 Mk.; Garmisch, 83 Mk.; Garmisch, 84 Mk.; Garmisch, 85 Mk.; Garmisch, 86 Mk.; Garmisch, 87 Mk.; Garmisch, 88 Mk.; Garmisch, 89 Mk.; Garmisch, 90 Mk.; Garmisch, 91 Mk.; Garmisch, 92 Mk.; Garmisch, 93 Mk.; Garmisch, 94 Mk.; Garmisch, 95 Mk.; Garmisch, 96 Mk.; Garmisch, 97 Mk.; Garmisch, 98 Mk.; Garmisch, 99 Mk.; Garmisch, 100 Mk.

Eingänge der Hauptkasse vom 6. bis 18. September.

- Weidenau 10.-; Bismarck 5.-; Dellhammer 2,50; Nimmern 27,88; Braunsberg a. M. 25,96; Löffeldorf 17,36; Karlsruhe 500.-; Weh 200.-; Angsburg 146,66 (Zinsen); Weidenau 3,20; Garmisch 3.-; Berlin 6.-; Weidenau 6,50; Köpfel 3.-; Erfangen 127,50; Garmisch 2,70; Berlin 25.-; Mannheim 7,88; Kalkowitz 14.-; Weidenau 150.-; Straßburg 153,71 Mk.

Materialverband.

Table with 6 columns: Zahlstelle, Mitgliedsbuch, 70 Pf. Klasse, 100 Pf. Klasse, 200 Pf. Klasse, 40 Pf. Klasse.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Erfurt. Alle Zuschriften an Karl Ludwig Krämpfer Nr. 6. Kauen. Alles die Zahlstelle betreffende ist an G. Straßburger, Delsticker Str. 82 II, zu richten.

Verjammlungsanzeigen.

Freitag, den 24. September. Guben. 8 Uhr. 'Vollgegart'. Sonnabend, den 25. September. Gungenhausen. 8 Uhr. Vereinslokal. Selb. 8 Uhr. Zentralsalle. Sonntag, den 26. September. Garmisch-Barmen. 4 Uhr. Gewerkschaftshaus Barmen. Garmischwald. 8 Uhr bei Frau Langenheide 19. Garmisch. 3 Uhr bei Beate, Garmisch. 102. Garmisch. 2 Uhr: 'Deutsches Haus'. Garmisch. 10 Uhr: 'Gasthof zur Sonne'. Garmisch. 4 Uhr: Gewerkschaftshaus, Kleinrieder Straße. Garmisch. 3 1/2 Uhr: 'Nürchen Bismarck'. Garmisch. 8 Uhr: 'Zur Traube', Langenheide 32. Garmisch. 4 Uhr: 'Einigkeit', Töpferstraße.

Nachruf. Auf dem Schlachtfelde im Osten fiel unser Kollege, der Bierfahrer Max Söhner. Ehre seinem Andenken. Zahlstelle Garmisch.

Nachruf. Am 15. Juli fiel bei einem Sturmangriff bei Zwangorod unser Kollege Rinsing Bognerieder von der Brauerei König, Weid. Ehre seinem Andenken. Zahlstelle Weidenau.

Nachruf. Auf dem weithinigen Kriegsschlachtfeld fiel unser Kollege August Wiewald. Brauer. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Zahlstelle Weidenau.

Zum 25-jährigen Geschäftsjubiläum den Kollegen Julius Jerbe und Karl Schoder die herzlichsten Glückwünsche. Die organisierten Brauer der Brauerei Brauerei, Abt. NO., Berlin.

Zünftiger Kaufmann aus d. Brauerei-Branche, 44 J. alt, eogl. verk. u. militärfrei, sucht leibende Stellung als Direktor, Geschäftsführer, Verwalter oder Buchhalter. Geh. Angehört an J. Schröder, Steint, Zentralsalle 34a.

Größere Brauerei sucht Vorderburschen bei hohem Verdienst. Militärfrei Brauer, auch jüngere, wollen sich melden. Schreiben unter Z. 11 an die Verbands-Zeitung.

Zwei Brauburschen zum sofortigen Eintritt gesucht. Carl Kieck's Brauerei, Zentralsalle, H. Langh.

Junge militärfreie Brauer, welche zur Einnahme zur Mälzerei eine Mälzereibauknecht mit beschaffen wollen, erhalten Ende dieses Monats Stellung bei der Kieck's Brauerei. Bei Angebots bitten wir um Angabe der bisherigen Tätigkeit.

Mein 'Ideal'-Schuh in der Höhe für Brauer. Auf 24 Millimeter, glattes Leder 6,50 Mk., um 20% in Kupfer berichtigt 7,75 Mk. Bei 3 Paar frante Nilam. - Koppbau. Größe 39. - Einmalig gratis. Heinrich Schäfer, Schuhfabrik, Garmisch a. M., Zentralsalle 3.

Einige Brauer für sofort gesucht. Bierbrauerei A. Schifferer u. G. in Kiel.

Zwei Brauburschen zum sofortigen Eintritt gesucht. Carl Kieck's Brauerei, Zentralsalle, H. Langh.

Junge militärfreie Brauer, welche zur Einnahme zur Mälzerei eine Mälzereibauknecht mit beschaffen wollen, erhalten Ende dieses Monats Stellung bei der Kieck's Brauerei. Bei Angebots bitten wir um Angabe der bisherigen Tätigkeit.

Mein 'Ideal'-Schuh in der Höhe für Brauer. Auf 24 Millimeter, glattes Leder 6,50 Mk., um 20% in Kupfer berichtigt 7,75 Mk. Bei 3 Paar frante Nilam. - Koppbau. Größe 39. - Einmalig gratis. Heinrich Schäfer, Schuhfabrik, Garmisch a. M., Zentralsalle 3.

Einige Brauer für sofort gesucht. Bierbrauerei A. Schifferer u. G. in Kiel.

Zwei Brauburschen zum sofortigen Eintritt gesucht. Carl Kieck's Brauerei, Zentralsalle, H. Langh.

Junge militärfreie Brauer, welche zur Einnahme zur Mälzerei eine Mälzereibauknecht mit beschaffen wollen, erhalten Ende dieses Monats Stellung bei der Kieck's Brauerei. Bei Angebots bitten wir um Angabe der bisherigen Tätigkeit.

Mein 'Ideal'-Schuh in der Höhe für Brauer. Auf 24 Millimeter, glattes Leder 6,50 Mk., um 20% in Kupfer berichtigt 7,75 Mk. Bei 3 Paar frante Nilam. - Koppbau. Größe 39. - Einmalig gratis. Heinrich Schäfer, Schuhfabrik, Garmisch a. M., Zentralsalle 3.

Einige Brauer für sofort gesucht. Bierbrauerei A. Schifferer u. G. in Kiel.

Zwei Brauburschen zum sofortigen Eintritt gesucht. Carl Kieck's Brauerei, Zentralsalle, H. Langh.

Junge militärfreie Brauer, welche zur Einnahme zur Mälzerei eine Mälzereibauknecht mit beschaffen wollen, erhalten Ende dieses Monats Stellung bei der Kieck's Brauerei. Bei Angebots bitten wir um Angabe der bisherigen Tätigkeit.

Mein 'Ideal'-Schuh in der Höhe für Brauer. Auf 24 Millimeter, glattes Leder 6,50 Mk., um 20% in Kupfer berichtigt 7,75 Mk. Bei 3 Paar frante Nilam. - Koppbau. Größe 39. - Einmalig gratis. Heinrich Schäfer, Schuhfabrik, Garmisch a. M., Zentralsalle 3.

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
 Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis: vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
 Eingetragen in die Postzeitungsliste

Verleger u. verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Nichtenberg
 Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schilderstraße 6
 Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin S.W. 63

Insertionspreis:
 Geschäftsanzeigen kosten die sechsgehaltene Kolonetzelle 40 Pfennig
 Schluss für Inserate: Montag früh 8 Uhr.

Die Gewerkschaften am Schluß des ersten Kriegsjahres.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat sich während des Krieges wiederholt bemüht, durch Erhebungen bei den ihr angeschlossenen Verbänden den Einfluß des Krieges auf die Gewerkschaften statistisch darzustellen. Die letzte dieser Erhebungen wurde am 31. Juli vorgenommen.

Die der Generalkommission angeschlossenen Verbände zählten am Schluß des 2. Quartals 1914, also vor Ausbruch des Krieges, 2 510 585 Mitglieder. Dagegen betrug der Mitgliederbestand am 31. Juli d. J. 1 180 049. Auch während des Krieges büßten die Gewerkschaften ihre Werbekraft nicht völlig ein, was durch die Tatsache belegt wird, daß die Statistik 243 837 neu eingetretene Mitglieder verzeichnet.

Die Zahl der Eingezogenen hat sich naturgemäß während der Kriegsdauer ständig gesteigert. Bis zum 31. Juli waren 1 061 404 = 42,7 Proz. zum Seeresdienst eingezogen. Der Prozentsatz der Eingezogenen ist in den einzelnen Verbänden sehr verschieden. Er steigt von 23,8 Proz. bei den Tabakarbeitern bis auf 73,2 Proz. bei den Bäckern.

Von der Berichterstattung über den Grad der Arbeitslosigkeit wurden 1 139 095 Mitglieder erfaßt. Davon waren am 31. Juli, dem Erhebungstage, 30 006 = 2,6 Proz. arbeitslos. Außerdem arbeiteten noch 44 379 Mitglieder bei verkürzter Arbeitszeit und verkürztem Lohne. Durch die Anfang September v. J. stattgefundene Erhebung wurde festgestellt, daß von je 100 Mitgliedern 21,2 arbeitslos waren. Die Gegenüberstellung der Prozentzahlen an den beiden, zehn Monate auseinanderliegenden Erhebungstagen spiegeln die bei Ausbruch des Krieges herbeigeführte plötzliche Unterbrechung des friedlichen Erwerbslebens und die später eingetretene Festigung der Wirtschaftslage wider. Ist auch die Gesamtlage auf dem Arbeitsmarkt zurzeit den Umständen nach günstig, so weisen doch einzelne Berufe recht erhebliche Arbeitslosenziffern auf. 5 Verbände hatten 10—15, 7 Verbände 3—5, 17 Verbände 1—3 und 11 Verbände weniger als 1 Proz. arbeitslose Mitglieder. 9026 Mitglieder erhielten Arbeitslosenunterstützung.

Die Unterstützung der Arbeitslosen seit Beginn des Krieges hat die Zentralverbände übermäßig stark belastet. Bis zum 31. Juli wurden dafür 21 578 506 Mark verausgabt. Trotzdem wurden auch noch die Familien der eingezogenen Mitglieder bedacht. Zur Unterstützung derselben wurden 10 421 584 M. angewendet. Insgesamt verausgabten die Zentralverbände für Unterstützung aller Art vom Beginn des Krieges bis 31. Juli d. J. 36 724 161 M.

Das sind Leistungen, die weit über den Rahmen der den Gewerkschaften in Friedenszeiten gestellten Aufgaben hinausgehen. Das „Korrespondenzblatt“ hebt denn auch hervor, daß bei dieser starken finanziellen Belastung und die durch die Einberufung der männlichen Mitglieder zum Kriegsdienst erfolgten Schwächung der Gewerkschaften diese kaum alle den nach dem Kriege an sie gestellten Anforderungen völlig gerecht zu werden vermögen. Die aus dem Felde zurückkehrenden Mitglieder hätten aber das Recht auf Hilfeleistung, wenn sie arbeitslos bleiben oder der Erholung von den Strapazen des Felddienstes bedürfen. Diese Hilfeleistung darf den Gewerkschaften nicht allein überlassen bleiben. Hier sei es Pflicht des Reiches, einzugreifen und ausreichende Mittel für die Hilfsbedürftigen zur Verfügung zu stellen. Es muß anerkannt werden, daß auf Anforderung der Gewerkschaftsvertreter die Reichsregierung weitere 200 Millionen Mark dem Hilfsfonds für die durch den Krieg in ihrer Lebenshaltung Beeinträchtigten und für die Familien der Kriegsteilnehmer überwiesen hat. Pflicht der Reichsregierung sei es, zur gegebenen Zeit die zur Hilfeleistung erforderlichen Mittel bereitzustellen.

Was wird werden?

Hierzu schreibt Heinrich Cunow u. a.:

Mag die Frage danach, wie sich nach dem Kriegsende das Wirtschaftsgetriebe gestalten wird, noch so wichtig sein, wichtiger ist die soziale Gegenwartsarbeit. Zudem läuft heute noch jeder Versuch, die Lebensdauer und die Fortzeugungskraft der durch die Kriegsnot geschaffenen kriegswirtschaftlichen Neueinrichtungen ermitteln zu wollen, auf eine bloße Wahrscheinlichkeitsrechnung hinaus. Denn wir wissen nicht, welche Veränderungen die kommenden Kriegsmomente noch in unserem Wirtschaftsleben hervorrufen werden, welche Lasten und Kraftreserven der Krieg uns hinterlassen wird und welche neuen Lebensmöglichkeiten er uns eröffnen wird — und doch werden diese Faktoren von bestimmendem Einfluß auf die neue Wirtschaftsperiode nach dem Kriege sein.

Tatsächlich kommen denn auch die bürgerlichen Sozialwissenschaftler, die den heute noch die nächste Wirtschaftszukunft verhüllenden Schleier lüften möchten, über einige allgemeine Wahrscheinlichkeitsbetrachtungen nicht hinaus. Dennoch sind keineswegs alle derartigen Versuche ohne weiteres unnütz, denn ist es auch noch verfrüht, schon heute feststellen zu wollen, wie nach dem Kriege sich das Wirtschaftsleben im einzelnen gestalten wird, so lassen sich doch immerhin ziemlich deutliche Richtungslinien der Bewegung erkennen.

Charakteristisch für so manchen Aenderung, die bisher schon der Krieg in den Anschauungen der bürgerlichen Gelehrtenwelt herbeigebracht hat, ist die Tatsache, daß selbst jene Sozialwissenschaftler, die der Meinung sind, nach dem Kriege werde die heutige „Tendenz zum Staatssozialismus“ schnell verfließen und das Prinzip der Wirtschaftsfreiheit wieder als allein richtig anerkannt werden, doch eine gewisse Fortwirkung der heutigen sogenannten kriegssozialistischen Organisation auf die neue Wirtschaftsära annehmen. Wie weit sich diese Wirkung erstrecken wird, darüber bestehen freilich große Meinungsverschiedenheiten. Sind die einen der Ansicht, daß der Staat in seiner Fürsorge für die zukünftige Kriegsbereitschaft sich darauf beschränken wird, die Reihe der Staatsbetriebe (besonders Militärbetriebe) zu vermehren und sich über die Industriezweige, die für die Erhaltung des Wirtschaftslebens während der Kriegszeit besonders in Betracht kommen, eine gewisse Kontrolle zu sichern, so erwarten andere, wie z. B. Hermann Levy und Franz Oppenheimer eine Art „Vorratswirtschaft“, die schon im Frieden dafür sorgt, daß zu Kriegsbeginn nicht nur ein gewisser Vorrat von Munition, sondern auch von notwendigen Rohstoffen, Lebensmitteln und technischen Betriebsmitteln zur ungestörten Fortführung des Produktionsprozesses vorhanden ist. Eine dritte Gruppe von Professoren, darunter vornehmlich Edgar Jaffe und Karl Ballod, rechnen sogar mit einer Art staatssozialistischer Organisation der wichtigsten Produktionszweige, einer sogenannten „Militarisierung des Wirtschaftslebens“.

Ballod meint in seinem Artikel „Einiges aus der Utopienliteratur der letzten Jahre“ (erstes Heft des letzten Jahrgangs des von Professor Grünberg herausgegebenen „Archivs für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung“), daß durch den jetzigen Krieg der Glaube an die Herrlichkeit der freien Konkurrenz zerstört sei und auch die Regierung zur Erkenntnis kommen werde, eine organisatorische Zusammenfassung der Kräfte bringe größere Wirkungen hervor, als die wirtschaftliche Zerstückelung vor dem Kriege. Die Folge werde sein, daß der Staat nach und nach eine Reihe von Wirtschaftszweigen in eigenen Betrieb nehmen werde. Und Edgar Jaffe sagt im ersten Kriegsheft (Dezember) seines Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik seine Ansicht in die Worte zusammen: „Eines aber ist gewiß, nach diesem Kriege, im kommenden Frieden, wird unser Wirtschaftssystem nicht mehr das gleiche sein wie vorher. Ob wir wollen oder nicht, der Krieg wird auch hier einen ungeheuren Aufbruch vorwärts bedeuten, und dieser Fortschritt

kann kein anderer sein als der auf dem Wege zur Gemeinwirtschaft. Was heute unter dem Druck der militärischen Notwendigkeit geschieht, wird und kann mit diesem nicht wieder verschwinden; wahrscheinlich sind die Kriegsmassregeln nur der Auftakt zu prinzipiellen Neugestaltungen, deren Umfang noch nicht abzusehen ist.“

Ob die Folgerungen Ballods und Jaffes in allen Teilen zwingend sind, kann hier außer Betracht bleiben; daß aber in jedem Falle ihre Ansicht, nach dem Kriege werde sich viel mehr als je bisher die Forderung einer auf die militärische Kriegsbereitschaft gerichteten staatssozialistischen Organisation in unserem Wirtschaftsleben durchsetzen, eine weit größere Wahrscheinlichkeit als die entgegengesetzte Meinung, die wirtschaftliche Entwicklung werde im alten Geleise fortzottern, darüber kann meines Erachtens bei niemandem, der die wirtschaftlichen Umwälzungen während des ersten Kriegsjahres verfolgt hat, ein Zweifel bestehen. Die Frage: „Was wird von den kriegswirtschaftlichen Maßnahmen bleiben?“ ist freilich in dieser Form unrichtig. Die meisten der jetzigen Kriegsmassregeln sind Gelegenheits-, man kann in gewissem Sinne sagen Verlegenheitsmaßnahmen, entstanden aus der Kriegsnot und bestimmt, gewissen Mängeln abzuwehren, die sich während des Krieges aus dem zerstückelten kapitalistischen Wirtschaftsbetrieb ergeben haben. Sie stellen sich daher als Organisationsimprovisationen dar, die größtenteils für die Friedenszeit gar nicht passen. Die Frage muß vielmehr lauten: „Hat sich die Erzeugung und Verteilung der Güter nach dem Prinzip der freien Konkurrenz während der Kriegszeit als den Bedürfnissen der Landesverteidigung und Volksernährung angepaßt erwiesen, oder müssen notwendig im Interesse der Landesverteidigung, des Staats- und Volkslebens Organisationsänderungen in sozialistischer Richtung vorgenommen werden?“

Die Antwort auf diese Frage kann nicht zweifelhaft sein. Bestimmte Kreise der Industriellen mögen sich im Eigeninteresse gegen die Erkenntnis sträuben, daß der freie Wettbewerb verfaßt hat; den breiten Volksmassen sowie einem großen Teil der Gelehrten, der Verwaltungsbürokratie und vor allem der Militärverwaltung dürfte denn aber doch der Krieg die Erleuchtung gebracht haben, was in unserem kapitalistischen Wirtschaftsgetriebe bedürfte einer Umänderung!

Ganz abgesehen von allen Kriegserfahrungen kann schon deshalb die wirtschaftliche Entwicklung nicht dort wieder einsetzen, wo sie vor dem Krieg stand, weil die kapitalistische Wirtschaft wesentlich anders aus dem Kriege herauskommt als sie hineingegangen ist, und ganz andere Lebensbedingungen vorfindet. Vornehmlich wird schon bald nach Beendigung des Krieges die Bankrottfinanz eine weit größere Rolle spielen. Reich und Bundesstaaten, Kreise und Gemeinden, sie alle werden nach Anleihen streben, um ihre während des Krieges aufgelaufenen Geldbedürfnisse zu befriedigen. Und nicht geringere Anforderungen werden Industrie und Handel stellen; denn die Rohstoffvorräte sind aufgearbeitet, die alte Lagerware ist abgehoßen, die Maschinenriehe ist zum großen Teil verrostet. Die Bankrottfinanz erlangt aller Voraussicht nach im Wirtschaftsgetriebe eine ganz andere Bedeutung, wie sie bisher gehabt hat, und mit ihrer Macht wächst die Abhängigkeit der Großindustrie und des Großhandels von ihr.

Ferner ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß um die verbrauchten Kriegsmaterialien zu ergänzen und in ihrer Erzeugung von der Privatindustrie unabhängiger zu sein, die Seeresverwaltung auf Einrichtung neuer Militärbetriebe drängen wird, denen sich, da die enorme Kriegsschuldung in keinem Fall allein durch neue Steuern gedeckt werden kann, voraussichtlich die staatliche Monopolisierung einer Reihe Industriezweige anreihen wird.

Und ferner wird man kaum die Verbesserung der deutschen Industrie mit unbedingten

Urlaub und Löhnung. Wie berichtet wird, hat der Kaiser bestimmt, daß den Mannschaften, die unter Gewährung freier Fahrt Urlaub erhalten, die Löhnung unverkürzt fortgewährt wird.

Leider kommen immer noch Fälle vor, daß beurlaubte Mannschaften das Fahrgeld aus eigener Tasche bezahlen müssen. Das Kriegsministerium sollte die in Betracht kommenden militärischen Stellen dahin instruieren, daß mit der Gewährung von Urlaub die freie Fahrt verbunden ist.

Arrechnung der Kriegsjahre. Das „Reichs-Gesetzblatt“ veröffentlicht einen Erlaß, der feststellt, wer als Kriegsteilnehmer anzusehen ist.

Als Teilnehmer an dem gegenwärtigen Kriege gelten: 1. die Angehörigen des deutschen Heeres, der Marine, der Schutz- und Polizeitruppen in den Schutzgebieten, die während des Krieges an einer Schlacht, einem Gefecht, einem Stellungskampf oder einer Belagerung teilgenommen haben, gleichgültig, ob diese Teilnahme bei den Deutschen oder den Streitkräften eines dem Deutschen Reiche verbündeten oder befreundeten Staates erfolgt ist. 2. die Angehörigen des Deutschen Heeres, der Marine, der Schutz- und Polizeitruppen, die, ohne vor den Feind gekommen zu sein (Ziffer 1), sich während des Krieges aus dienstlichem Anlaß mindestens zwei Monate im Kriegsgebiet aufgehalten haben.

Als Kriegsgebiet sind anzusehen: a) das Gebiet der Staaten, mit denen das Deutsche Reich und die mit ihm verbündeten oder befreundeten Staaten sich im Kriege befinden, einschließlich der Kolonien dieser Staaten und Luxemburg, b) sämtliche deutsche Schutzgebiete, c) die Gebiete des Deutschen Reiches und der mit ihm verbündeten oder befreundeten Staaten, soweit in ihnen kriegerische Operationen stattgefunden haben, d) das gesamte Meeresgebiet und e) das Küstengebiet, soweit sie vom Feinde gefährdet sind.

Denjenigen Kriegsteilnehmern, die sowohl im Kalenderjahr 1914 wie im Kalenderjahr 1915 die vorstehenden Bedingungen erfüllt haben, sind zwei Kriegsjahre anzurechnen.

Kriegsunterstützung und Hinterbliebenenrente.

Nach einem Beschlusse des letzten Reichstages sollen die Kriegsunterstützung für Familien und die Hinterbliebenenrente von jetzt an drei Monate lang nebeneinander gezahlt werden. Das kann natürlich nur dann in Frage kommen, wenn der Familienvater im Kriege gefallen ist.

In dem Gesetz von 1888 war bestimmt, daß die Familienunterstützungen wegfallen sollen, „insoweit den Hinterbliebenen auf Grund der bestehenden Gesetze Bewilligungen von Hinterbliebenenrente gewährt werden“. Die Hinterbliebenenrente wird von dem auf den Sterbetag folgenden Tage an gerechnet, aber ehe die Rente festgesetzt und die erste Zahlung geleistet werden kann, vergeht geraume Zeit. Damit entsteht also eine Lücke; die Familienunterstützung endet mit dem Todestage des Kriegsteilnehmers, aber Hinterbliebenenrente wird noch lange nicht gezahlt. Um diese Lücke auszufüllen, war in der Begründung zu dem Gesetz von 1888 gesagt, die Lieferungsverbände sollten verpflichtet sein, die Familienunterstützung bis zum Tage der tatsächlich ersten Zahlung der Hinterbliebenenrente weiter zu gewähren, aber die Beträge, die sie über den Todestag des Kriegsteilnehmers hinaus auszahlten, sollten ihnen aus der Hinterbliebenenrente ersetzt werden. Da aber von dieser Verpflichtung nichts im Gesetz selbst stand und die Hinterbliebenenrente nach der Zivilprozessordnung unpfindbar ist, so war die Bestimmung undurchführbar. Die Hinterbliebenen hatten keinen Rechtsanspruch auf Weiterzahlung der Familienunterstützung und die Lieferungsverbände keinen Rechtsanspruch auf Zurückstattung der vorüberweise gezahlten Beträge. Durch den oben erwähnten Beschluß, dem das Reichsamt zugestimmt hat, wird diese Unzulänglichkeit beseitigt. Die Hinterbliebenen, Witwen und Waisen, beziehen jetzt vom Sterbetage an drei Monate Familienunterstützung, zwei Monate Gnadenlohnung und daneben das Witwen- und Waisengeld. Doch hat das Reichsamt die Bedingung gestellt, daß die Unterstützung von der Rente abgezogen werden kann, wenn sie länger als drei Monate nebeneinander gewährt worden ist.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Eisenbahnen während des Krieges. — Starke Güterverkehr. — Ein Einnahmerekord. — Stand der Montanindustrie. — Deutsch-Luxemburg. — Amerikafriede. — Schönitz. — Bochumer Gußstahlverein. — Stahlwerk Seder. — Günstige Lage der Händholzindustrie. — Kühlhäuser und Nahrungsmittelversorgung. — Zutreteinlagerung.

Trotz der ungeheuren militärischen Anforderungen, die während des Krieges an unsere Eisenbahnen gestellt und teilweise erfüllt wurden, sind auch die wirtschaftlichen Aufgaben des Betriebes nicht zu kurz gekommen. Besonders prägnant ist der Umfang, den der Güterverkehr in der letzten Periode erreicht hat. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr wuchsen, nachdem die ersten Eisenbahnleistungen im Winter, regelmäßig annähernd die des vorjährigen Jahres erreichten. Im Juli 1915 haben sie um 10% gegenüber dem entsprechenden Monat des Jahres 1914 um 25% zugenommen.

überliegen. Damit ist die höchste Zulleinnahme übertrifft, die von den preußischen Staatsbahnen vorher je erzielt worden ist. Im Durchschnitt der Monate April—Juli 1915 bleiben die Einnahmen aus dem Güterverkehr nur um 1,95 Proz. hinter den in den gleichen Monaten des Vorjahres zurück. Dabei waren die Einnahmen aus dem Militärverkehr an den Zulleinnahmen nur mit 7,39 Prozent beteiligt. Diese Ziffern sprechen nicht nur für die hervorragend technische Leistungsfähigkeit unserer Eisenbahnen, sondern sind auch untrügliche Beweise für das pulsierende Leben unserer Volkswirtschaft.

Als Kennzeichen für die allgemeine Beurteilung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nach den Erfahrungen des ersten Kriegsjahres kann es auch gelten, daß die Ankündigung der Dividendenlosigkeit eines Großunternehmens für das Jahr 1914/15 fast mit Bestreben aufgenommen wird. Von den monatanindustriellen Konzernen verteilt die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks-Aktien-Gesellschaft keine Dividende, nachdem sie schon für 1913/14 von einer Dividendenauschüttung abgesehen hatte. Diesmal wird ein Rohgewinn von 17,09 Millionen gegen 24,92 Millionen ausgewiesen, der Gewinn, der die vorjährige Kriegsrücklage von 5 Millionen Mark enthält, findet zu Abschreibungen Verwendung. Gegenüber den anderen großen Eisenwerken ist Deutsch-Luxemburg während des Krieges dadurch schlechter gestellt gewesen, daß die rentablen Betriebe des Unternehmens Monate hindurch völlig stillgelegt waren, da sich in ihrer unmittelbaren Nähe militärische Operationen abspielten. Hinzu kommt noch, daß die innere Lage der Gesellschaft bereits vor Ausbruch des Krieges nicht normal war, sie litt unter Störungen des finanziellen Ausbaues, denn die Geldbeschaffung war auf mancherlei Schwierigkeiten gestoßen. Von 1908/09 bis 1913/14 hatte die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks-Aktien-Gesellschaft ihr Aktienkapital von 24 Millionen auf nicht weniger als 130 Millionen Mark erhöht. Unter diesen Umständen ist der Dividendenausfall nur zu erklärlich, auch in Friedenszeiten hätte die Dividende von 10 und 11 Proz., die die Gesellschaft in den Vorjahren zahlte, wohl einen erheblichen Rückgang erfahren. Ein zweites Monatanwerk dessen Hauptniederlassungen sich ebenfalls nahe am Kriegsgebiet befinden und infolgedessen mehrere Monate ganz außer Betrieb bleiben mußten, ist der Lothringische Eisenerzverein Aumetz-Friede, der gleichfalls die Dividendenauschüttung einstellt, während er für 1913/14 eine Dividende von 6 Proz. verteilte. Von der Dividendenzahlung müssen ferner die zum Aumetz-Friede-Konzern gehörenden Gesellschaften, die Düffelborfer Eisen- und Drahtindustrie Akt.-Ges. und die Jasson-Eisenwalzwerk-Manufaktur u. Co. Akt.-Ges. absehen.

Dagegen erhöht die Schönitz-Akt.-Ges. für Bergbau und Güttenbetrieb ihre Dividende, die sie im Vorjahre von 18 auf 10 Proz. herabsetzte, wieder auf 12 Proz., obgleich der Ueberschuß mit 24,68 Millionen gegenüber dem Vorjahr um 7 Millionen geringer ist. Inbezug wurde für 1913/14 eine besondere Kriegsrücklage von 9 Millionen Mark gestellt, die diesmal nicht erforderlich ist. Vorhanden bleiben in der Kriegsrücklage noch 6,29 Millionen Mark. Viel günstiger sind die Ergebnisse des Bochumer Gußstahlvereins, der für 1914/15 mit einem Rohgewinn von 11,90 Millionen Mark einen Rekord erzielte; die Dividende, die für 1913/14 mit 10 Proz. gegen das Vorjahr um 4 Proz. geringer zur Verteilung gekommen war, wird auf 14 Proz. erhöht; außerdem nahm die Gesellschaft recht kräftige Abschreibungen vor und stellte für Zwecke der Kriegsheilfürsorge 1,50 Millionen Mark zurück. Bei anderen und kleineren Eisenwerken sind die Gewinnsteigerungen teilweise noch erheblicher, das Stahlwerk Seder z. B. weist eine Steigerung des Reingewinns von 1,25 auf 4,23 Millionen Mark aus, es steigert die Dividende von 12 auf 25 Proz. Für die meisten großen gemischten Montanwerke — wie Schönitz, Deutsch-Luxemburg und andere — wieder die unmittelbaren Lieferungen für den Heeresbedarf eine erheblich geringere Rolle als für kleinere Werke, die besonders stark mit der Herstellung von Spezialprodukten für Armeezwecke beschäftigt sind; bei jenen gemischten Werken machen sich denn auch die Folgen des eingeschränkten Betriebes bei erhöhten Selbstkosten besonders nachteilig bemerkbar. Dies macht, daß man sich bei der Einschätzung der Kriegsgewinne vor Verallgemeinerungen hüten muß.

Zu den kleineren Industriezweigen, die von der Kriegskonjunktur häufig profitieren, gehört auch die Händholzindustrie. Der Geschäftsgang in der Händholzindustrie hat sich außerordentlich entsprechend gestaltet, die Rentabilität der in Frage kommenden Betriebe. So beschloß die Stahl- und Holz-Akt.-Ges. für Händwarenherstellung in Kassel nach den üblichen reichlichen Abschreibungen der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 12 Proz. gegen 10 Proz. im Vorjahre vorzuschlagen. Nicht ein im letzten Jahre überwiegen bei den großen Fabriken die Vorteile der durch die Konzentrierung der Händholzproduktion geschaffenen Monopolisierung der Händholzerzeugung des Händholzsteuerzweiges. Für 1914/15 hat die Stahl- und Holz-Akt.-Ges. die Dividende von 9 auf 8 Proz. erhöht, im Jahre 1913/14, in dem das Unternehmen durch das damals neue Steuergesetz schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde, gingen die Aktionäre leer aus, für 1911/12 kam eine Dividende von 4 Proz. zur Ausführung, 1912/13 machte schon eine Dividendenverdoppelung auf 8 Proz., für 1913/14 und 1914/15 erfolgten adersmals Dividenden-erhöhungen von je 2 Proz. Die Verrentungssteigerungen, die das Händholzsteuerzweig vorverrief oder doch mindestens sehr verdrängte, zeigen sich bei der Aktien-Gesellschaft Stahl- und Holz-Akt.-Ges. Sie übernahm 1913/14 des Konzentration der Händholzherstellung in Abans, Ende 1912 hatte sie das Konzentration der in Konstantin geräumten Ritzma-Werke in Barmen übernommen. Für die nächsten Monate wird in der Händholzindustrie nach vorliegenden Verträgen mit einer Ausdehnung der sehr leistungsfähigen Geschäftstätigkeit zu rechnen. Es wurde auch berichtet, daß auf Grund von Verhandlungen der beteiligten Werke mit den maßgebenden Stellen die Hoffnungen gerechtfertigt sind, daß die Konzentration der Händholzherstellung die Industrie unterstützen wird.

Sollte sich das Abmessen in die Bedeutung der Ausdehnung der Konzentration für die Nahrungsmittelversorgung zeigen, so kann erklärt werden, in Verbindung mit

kurzer Zeit ist auch auf diesem Gebiete durch Neuanlagen und Betriebserweiterungen mancherlei geleistet worden. Dennoch steht die Benutzung von Kühl- und Gefrierbetrieben zum Zweck der Nahrungsmittelkonservierung erst in bescheidenen Anfängen, obgleich für die Lebensmittellieferung der Großstädte z. B. diese Anlagen gar nicht mehr zu entbehren wären. Die größte Aufgabe der Kühlhäuser liegt nicht in ihrer Veranzüchtung zu schnell vorübergehender Frischhaltung von Butter, Käse, Eiern, Fleisch und anderen Produkten, sondern in der Aufbewahrung mehr oder weniger leicht verderblicher Waren für längere Fristen. Die Zeit der stärkeren Produktion von Milch, Käse und Butter muß bei der jetzt an sich eingeschränkten Erzeugung noch mehr als sonst dazu benutzt werden, um Vorräte für den Winter zu schaffen. Besonders die Frage der Stapelung von Butter hat in den jüngsten Tagen erhöhte Aufmerksamkeit erregt. Von verschiedenen Seiten ist zur Abstellung der Butterknappheit die Forderung nach Heranziehung von Kühlhausvorräten erhoben worden. Keineswegs ist die Auffassung berechtigt, daß die Kühlhauslagerungen nur der künstlichen Zurückhaltung von Waren zum Zweck der Spekulation dienen, wenn auch selbstverständlich derartige Mißbräuche gerade jetzt besonders nahe liegen. Außerordentlich bedenklich wäre es nun, wenn einer zeitigen und ungehörten Einlagerung genügender Mengen von Butter und anderen Produkten Geminnisse bereitet würden, es sollte vielmehr alles geschehen, um für möglichst starke Reserven zu sorgen. Dabei kann es nicht schwer fallen, die Form der Organisation zu finden, die eine spekulative Ausnutzung der Aufkapelung verhindert. Als zweckmäßig dürfte es sich erweisen, durch Vereinbarungen mit Produzentenverbänden einen Teil der Produktion gleich der Konservierung zu überweisen.

Berlin, den 14. September 1915.

Julius Kallisch.

Korrespondenzen.

Franenthal. Jetzt ist auch hier im Brauhaus Feuerungszulage gewährt worden, und zwar rückwirkend vom 1. Juli ab. Die erste Auszahlung erfolgte am 3. September. Die Zulage ist eine monatliche und beträgt für Ledige 2,50 Mk., für Ehefrauen mit einem Kind 5 Mk., mit 2 Kindern 6 Mk., mit 3 Kindern 8 Mk., mit 4 Kindern 10 Mk.

Halle. Die Halleischen Brauereien haben eine Kriegszulage von 2 Mk. wöchentlich für männliche Arbeiter vorläufig für drei Monate bewilligt. Das Brauhaus Döllnitz bewilligt 3 Mk. pro Woche Kriegszulage.

Hannover. Der Verband der Brauereien zahlt die Feuerungszulage weiter und hat dieselbe für Ehefrauen von 6 auf 10 Mk. und für Ledige und Frauen von 4 auf 5 Mk. erhöht.

Neudorf. Zu recht eigenartigen Praktiken hatte der Burgfrieden in der Brauerei von Schwarz u. Krüger in Neudorf geführt. Es wurde geklagt, daß man krank gewordene Arbeiter, wenn dieselben wieder zur Arbeit zurückkehren wollten, nicht wieder einstellte, trotzdem eine tarifliche Ermäßigung auf Grund § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches besteht. Ein ganz besonderes Vorkommen in letzter Zeit soll nicht unerwähnt bleiben. Nächstlich wurden eines Abends kurz vor Feierabend drei Kollegen vom Braumeister mit der Begründung, Faulenzer könne er nicht gebrauchen, entlassen. Von diesen dreien war ein Kollege über 20 Jahre, ein zweiter 10 Jahre und der dritte erst während der Kriegszeit beschäftigt. Die Kollegen fragten sich, was sollen denn diese Entlassungen bedeuten? Man muß nun sagen, daß der Geschäftsführer, Herr Abrens, etwas mehr Einsticht als der Braumeister besaß, ließiger ließ am anderen Morgen unsere drei Kollegen wieder zur Arbeit holen und war somit wohl die Aktion des Herrn Braumeisters als erledigt zu betrachten. In einer Wiederholung solcher Behandlung und Beleidigungen unserer Kollegen vorzugehen, haben der Vorsitzende der Fabrikstelle sowie der Bezirksleiter mit dem Herrn Geschäftsführer eine Unterredung gehabt, in der versprochen wurde, daß solches nicht wieder vorkommen solle. Es darf nun wohl erwartet werden, daß ein besseres Verhältnis in der Brauerei Platz greift.

Saueberg i. Th. Die Brauerei Schindhelm, Aktienbrauerei und Genußakt. gewährt 1 Mk. Feuerungszulage pro Woche.

Rundschau.

Aus der Industrie.

Heber eine „Fusion in der Stettiner Brauereindustrie“ wird uns berichtet: Zwischen der Aktienbrauerei C. Ledebur und der Stettiner Aktienbrauerei Aktien-Gesellschaft ist ein Fusionsvertrag zustande gekommen. Der Betrieb und ein Teil der Einrichtungen der Aktienbrauerei werden in die Stettiner Aktienbrauerei übergeführt. Die C. Ledebur-Werke besitzen die freiverwendbaren Grundstücke, Mäntel und Kräfteanlagen für ihre in der letzten Zeit sehr stark erweiterten Anlagen und für den weiteren Ausbau der neu anzulegenden chemischen Abteilung. Die Beamten und Arbeiter werden, soweit sie nicht von der Aktienbrauerei mit übernommen werden, in den bisherigen Betrieben der C. Ledebur-Werke beschäftigt.

Volkswirtschaftliches, Soziales.

Erfahrungliche Preise für die neuen Kartons für den Kriegszulageausweis für Konsumentenvertrieben. Dem bekanntlich die Konsumentenvertrieben aller Abteilungen angehören, in einer Eingabe an den Stadtkommissar des Reichsanzeigers Dr. Toland. In der Eingabe ist ersucht, den vorliegenden Kartons eine Preisobergrenze beizusetzen, sobald sich bei der Einführung der Kartons durch die ersten Kartons große Bedarfe zeigen. Veranlaßt ist die Kartons durch die Einführung von Konsumentenvertrieben, die nicht von dem Wert der Kartons als Konsumenten, sondern von den Erzeugungsstellen und von der Zahlung

fähigkeit der Konsumenten auszusparen werden. Der Erzeugerwert stellt sich auf den Berliner höchsten Mietsfuß auf etwa 125 Mk. für den Sommer. Wenn auch bei diesen Werten infolge der hohen Löhne und der erheblichen Verzinsung und Amortisation des teuren Bodens in der Nähe der Großstadt von der billigen Düngung höhere Preise als bei den eigentlichen landwirtschaftlichen Erzeugern begehrt sind, so will der Agrarsauschuss doch allen Erzeugern in Anbetracht der durch den Krieg veränderten Verhältnisse Bedingungen auf diesen Grundpreis einen Zuschlag von 100 Proz., also einen Verkaufspreis von 250 Mk. zugeben. Dem Großhandel sollen hierzu 70 Pf. Aufschlag und dem Kleinhandel 60 Pf. Aufschlag gemacht werden. So daß für den Sommer Kartoffeln zum Verkauf zu die Preisobergrenze auf höchstens 350 Mk. belaufen würde. Bei dem 10-Monat-Vorlauf soll der Kleinhandel trotz des genannten Aufschlages von 6 Pf. einen Felder von 5 Pf. nehmen dürfen. Dies ist nach der Meinung des Agrarsauschusses das Äußerste, was bei der Verteuerung aller notwendigen Nahrungsmittel der Verbraucher zugunsten werden kann. Die vom Staatssekretär Dr. Debes im Reichstag angeordneten Mietspreise selbst eine beschränkte Spannung nach oben und unten für bestimmte Erzeugungsgebiete sollen sich unter den genannten Grenzen bewegen. Die Preisuntergrenze für die verschiedenen Sorten müßte der Bundesrat bestimmen. Auf alle Fälle sollen auch zum Schutze des Handels gegen Heberzuschläge, die Höchstpreise für Groß- und Kleinhandel gleichmäßig festgesetzt werden. Die Reichsstelle für Marktforschung soll nach Aufhebung des Kommissionsauschusses zum Ausgleich zwischen Heberzuschlag- und Verbraucherpreisen vorzutreten werden. Ferner legt er Wert auf eine einwandfreie Verteilung der Kartoffelbestände und auf die Verteilung der Erzeugungsgebiete an die Gemeinden. Diese sollen auch angeleitet werden, Vorräte für den Winter zu heften zu ermöglichen. Die aus eigener Kraft eine Versorgung für den Winter nicht vornehmen kann. Bei diesen Beständen würden die Gemeinden dann auch nötigenfalls infolge sein, auf zu hohe, durch die Marktlage nicht gerechtfertigte Verkaufspreise im freien Handel zu bestehen.

Volksfürsorge.

Die Volksfürsorge-Versicherungsanstalt verhält sich jetzt über 20000 Mk., die nach Friedensschluß unter den Angehörigen der im Kriege fallenden oder an den Folgen des Krieges habenden verstorbenen Kriegsteilnehmer schloß zur Verfügung gelangen.

Im vorigen Jahr sind zum 1. September für 37602 Kriegsteilnehmer 34866 Urteilsurteile gefaßt worden.

Im Krieg ist das Leben jedes Mannes in hohem Grade gefährdet. Die Versorgung gegenüber den Angehörigen wird im immer weiten Maße zu einer dringenden Pflicht!

Von den Gebern der Deutschen Volksfürsorge
 Mit. Gen. Es ist bekannt, daß der geistige Urheber der Deutschen Volksfürsorge A.-G., der frühere Präsident des Reichstages Reichsrat Dr. Winterhagen und jetziger Reichsratsmitglied der Deutschen Volksfürsorge A.-G., Herr Geheimrat Dr. Gumbel, diese Gesellschaft gebildet hat als eine von den in ihrem Geschäftsbereich geübten Versicherungsunternehmen zu unabhängiger Selbstverwaltung gegen die in ihrem Unternehmen begründete, auf der Seite der Gemeinnützigkeit aufbauende „Solidarität“. Die Versicherungsunternehmen folgten dem Gedanken, an beiden großen Gesellschaften, „Winterhagen“ und „Reichs-Rückversicherung“, diesen Zweck nicht zu erreichen, so können deshalb eine Vereinigung ab. Die Gründungsgesellschaften über 2 Millionen Reichsmark Aktienkapital gegen 4 Proz. Zinsen und 1 Million Reichsmark Liquiditätsfonds zu Fonds werden gewonnen und ermöglichten so die „günstigste“ Gründung. Von den 2 Millionen Aktienkapital wurden 2 Proz. eingezahlt.

In der Geschäftsbücherei einer Reihe der beteiligten Gesellschaften erhoben um die Aktien der Deutschen Volksfürsorge A.-G. als Darlehens, ein anderer Teil der Gesellschaften haben eine andere Art der Berechnung dieses Geschäftes vorgezogen zu haben, es ist aus den Rechnungen nicht zu entnehmen, ob diese Summen dem Konto für den Zweck oder gar dem Konto für andere Zwecke zugewandt wurden.

Die „Winterhagen“ hat 60 000 000 Aktien der Deutschen Volksfürsorge A.-G. a 200 Mk. davon sind 1000 000 Aktien eingezahlt. Die Gründungskapital der „Reichs-Rückversicherung“ beträgt 20 000 000 Mk., von denen 10 000 000 Mk. bereits eingezahlt wurden. Die Gründungskapital der „Reichs-Rückversicherung“ beträgt 20 000 000 Mk., von denen 10 000 000 Mk. bereits eingezahlt wurden. Die Gründungskapital der „Reichs-Rückversicherung“ beträgt 20 000 000 Mk., von denen 10 000 000 Mk. bereits eingezahlt wurden.

Im Jahre 1914 erwarben die Gesellschaften für die Gründungskapital 20 000 000 Mk. aus dem Reichs-Rückversicherung und 10 000 000 Mk. aus dem Winterhagen-Kapital. Nach dem Abschluß des Jahres 1914 haben die Gesellschaften der Deutschen Volksfürsorge A.-G. 4 000 000 Aktien zu je 200 Mk. und 1 000 000 Aktien zu je 100 Mk. im Umlauf gebracht.

Gewerbegerichtliches.

Jede erscheinende Arbeitsverbarung gilt! Eine Vereinbarung über erscheinende Verbarung ist nicht nur ein Beweis für die Arbeitsverbarung, sondern auch ein Beweis für die Arbeitsverbarung. Eine Vereinbarung über erscheinende Verbarung ist nicht nur ein Beweis für die Arbeitsverbarung, sondern auch ein Beweis für die Arbeitsverbarung.

ordnungs, wenn sie ordnungsmäßig erlassen ist und in der Fabrik an einer allen Beteiligten zugänglichen Stelle aushängt, bindend ist. Die von ihr betroffenen Arbeiter brauchen dann nicht mehr auf alle Einzelbestimmungen der Arbeitsordnung aufmerksam gemacht zu werden. Bereits vor zehn Jahren ist vom Gewerbegericht in diesem Sinne entschieden worden, und an dieser grundsätzlichen Auffassung sei festzuhalten. Nur wenn eine von der Arbeitsordnung abweichende Sonderabmachung getroffen sei, würde sie ihre Gültigkeit verlieren. Das sei aber in dem vorliegenden Falle in keiner Weise erwiesen.

Literarisches.

„Neue Welt Kalender“ für das Jahr 1916. Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. Preis 40 Pf.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbandszeitung“: Berlin D. 27, Schilderstraße 6 IV. Fernsprecher: Amt Königsplatz 275.

Diese Woche in der 40. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Betrifft pünktliche Einzahlung der statistischen Karten.
 In diesen Tagen gehen den Jahreshellen die zur vierteljährlichen Berichterstattung an das Reichsstatistische Amt zwecks Feststellung der Arbeitslosigkeit und der gezielten Unternehmungen bestimmten gelben Karten zu. Diese Karten sind bis spätestens am 3. Oktober ausgefüllt an den Hauptvorstand zurückzusenden, damit dieser den Bericht rechtzeitig abgeben kann.

Seit Monaten läßt leider die Berichterstattung von Seiten der Jahreshellen recht viel zu wünschen übrig. Ein Teil der Jahreshellen schickt die Berichte zu spät, ein Teil überhaupt nicht ein. Durch die Nachlässigkeit leidet die äußerst wichtige Berichterstattung und büßt an Genauigkeit ein.

Mit dieser Berichterstattung ist so wenig Arbeit verbunden, da sie einfach ist, wie sie einfacher nicht sein kann.

Wir machen ferner noch darauf aufmerksam, daß für die Monate Januar, Februar, April, Mai, Juli, August, Oktober, November die grauen Monatsberichtsarten, für die Monate März, Juni, September und Dezember die gelben Vierteljahrsberichtsarten einzuwenden sind.

Wir bitten deshalb die Jahreshellen vorstehend dringend, die ihnen zugehenden Karten an der Hand der Unternehmungen bezüglich der Arbeitsnachweise sofort nach Empfang auszufüllen und sie bis spätestens am 3. jeden Monats an den Hauptvorstand einzuwenden.

Der Hauptvorstand.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitgliedsbücher:

Karl Giese, Müller, Buchn. 79 514, geb. 27. Februar 1895 zu Lohr i. H., eingetr. 11. April 1915 in Berlin.
 Ferdinand Bittl, Brauer, Buchn. 102 505, geb. 24. Oktober 1881 zu Senterholz (Bayern), eingetreten 1. Dezember 1905 in Juggenthal.
 Vorstehende Kollegen haben Duplikate mit gleicher Nummer erhalten; nur diese sind gültig.

Materialberwand.

Zahlstelle	Mitgliedsbuch	Beitragsmarken			
		10-Pf. Marke	50-Pf. Marke	1-00-Mk. Marke	2-00-Mk. Marke
Cöln	—	—	5000	—	—
Frankfurt a. M.	—	—	4999	—	—
Hagenburg	—	—	1600	—	—
Halle	—	—	200	100	—
Marienburg	—	—	560	—	—
Merzig	—	—	300	100	100
Neubach	—	—	1000	—	400
Sachsenburg a. d. E.	—	—	100	200	—
Reichardt	—	—	3000	1500	1000
Siegen i. E.	—	—	200	300	—
Verlin	50	—	—	—	—
Worms	—	—	10000	—	—
Wetzlar	20	—	—	—	—

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Frankenthal. Zutritten ab 1. Oktober an Jakob Beyer, Metzger, Lindenstr. 56.
Jüterbog. Vorsitzender: Kirchbach, Hindenburgstr. 26, Hof, bei Kaufmann Schild.
Köln. Die Zahlstellengeschäfte führt Emil Schacht, Schenkengasse 27 II.
Meißen. Die Zahlstellengeschäfte hat wieder Paul Auerbach, Oberstraße 26c, übernommen.

Veranstaltungsanzeigen.

Sonntag, den 2. Oktober.
Amsterdam. Hotel „Amsterdam“, Wasserpfeil.
Arzberg. 8 Uhr: „Kontinuumverein“.
Augsburg. 8 Uhr: „Hilfskassenverein“.
Erfurt. In der „Koralle“.
Juggenthal. 7 1/2 Uhr: „Gasthof zur Jarbe“.
Köln. 7 Uhr: „Hofgärten“.
Karlsruhe. 8 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.
Leipzig. 8 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.
Firmenhaus. 8 1/2 Uhr: „Dr. Gumbelmann, Allee 1.“
Sangerhausen. 8 Uhr: „Herrnflug“.
Sachsenburg. 8 Uhr abends: bei Kopf, Krumme Gasse 23.
Seldorf. 8 Uhr: „Zum wilden Mann“.
Wernigerode. 8 1/2 Uhr: „Volksgarten“.

Sonntag, den 3. Oktober.

Köln. 2 Uhr: „Stamm“.
Niederrhein. 10 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.
Oranienburg. 2 1/2 Uhr: „Herrnflug“.
Detmold. 10 Uhr: „Herrnflug“.
Erfurt. 10 Uhr: „Herrnflug“.
Frankenhausen. 8 Uhr: „Herrnflug“.
Frankfurt. 2 Uhr: „Herrnflug“.
Worms. 2 Uhr: „Herrnflug“.
Wetzlar. 2 Uhr: „Herrnflug“.

Heidenheim. 2 Uhr: Lokal Kassen.
Jüterbog. 3 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.
Kaufbeuren. 10 Uhr: „Gasthaus zum Engel“.
Kulberg. 3 Uhr: Vereinslokal.
Königssee. 3 Uhr: Lokal Kassen.
Köln. 3 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.
Kreuznach. „Germania“, Planiger Str. 18.
Krotzschin. 1 1/2 Uhr: bei Kleinschall, Am Markt.
Minden. 3 Uhr: „Volkshaus“.
Münster. 3 Uhr: bei Wörschke.
Quadrub. 11 Uhr: bei Senast.
Potsdam. 7 1/2 Uhr: Vereinslokal.
Regensburg. 10 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.
Rudolstadt. 2 Uhr: „Bürgerbräu“.
Saalfeld. 10 1/2 Uhr: „Zur Erholung“.
Scheib. 8 Uhr: bei Marklin.
Siegen. 2 Uhr: „Deutsches Haus“, Bahnhofstraße.
Speyer. 2 Uhr: „Kleiner Glockenturm“.
Stendal. Bei Wöhring, Unglinger Berg.
Stoll. 3 Uhr: bei Seltz, Poststr. 1.
Teich. 3 Uhr: „Klosterkirche“, Wegau.
Montag, den 4. Oktober.
Oranienburg. 8 Uhr: bei Mohrbeck, Kanallstr. 5.
Dienstag, den 5. Oktober.
Wilhelmshaven. Sodawassers Livoli, Rüstingen II.
Mittwoch, den 6. Oktober.
Bremerhaven. 8 1/2 Uhr: „Bayerischer Hof“, Langestr. 18.
Donnerstag, den 7. Oktober.
Düsseldorf. 8 Uhr: „Volkshaus“.

**Spartasse
Gesellschaftsbrauerei
Augsburg.**

Einlagegelder
 erhalten vom 3. September bis 23. September 1915.

Gera-Neuß 60,— Mk.; Grabenhädt 250,— Mk.; Bayreuth 200,— Mk.

Rückzahlungen erfolgten:

München 65,61 Mk.; München 264,67 Mk.; Halberstadt 27,59 Mk.; München 27,68 Mk.; Sulzbach 41,04 Mk.; Nürnberg 28,16 Mk.; Landsberg 82,90 Mk.; Würth 100,— Mk.; Ludwigschafen 100,— Mk.; Burgheim 2,71 Mk.; Schwelm 100,— Mk.; Waffenthal 177,50 Mk.; Amberg 109,12 Mk.; Nürnberg 158,58 Mk.; Traunstein 300,— Mk.; Breslau 170,80 Mk.; Wiesbad 58,72 Mk.

Zu ihrem eigenen Interesse werden die verehrten Sparspar gebeten, sofort ihr Spardbuch zwecks Zinseneintragung einzusenden.

Gesellschaftsbrauerei Augsburg.
 Walter Richter.

Nachruf.

Am 23. September starb nach langer Krankheit unser guter Kollege, der Rälzer **Simon Schmidt** im Alter von 62 Jahren. Ein ehrenvolles Andenken bewahren ihm die Kollegen der Zahlstelle **Worms a. Rhg.**

Derlichen Glückwunsch unsern Kollegen **Willy Schuchardt** und Frau Louise nachträglich.
 Zahlstelle **Stienach.**

**Zünftigen, militärfreien
Brauer,**

bauernde Stellung, sucht **Ganja-Brauerei A.-G., Lübeck.**

**Ein toller, militärfreier
Brauer**

bei hohem Lohn gesucht. Nach vierteljährlicher Tätigkeit Reisevergütung. Offerten unter S. 4. 878 a an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Dortmund.**

Zwei Brauburschen zum sofortigen Antritt gesucht.
Carl Kieck's Brauerei, Finsterwalde, R.-Lanitz.

Einige Brauer bei gutem Lohn sofort gesucht. Reisekosten werden vergütet.
Bürgerliches Brauhaus, Bonn.

Junge militärfreie Brauer, welche zur Erlernung der Rälzerei eine Rälzerei-Stampagne mit durchmachen wollen, erhalten sofort Stellung bei der **Kieck's Brauerei.** Bei Angeboten bitten wir um Angabe der bisherigen Tätigkeit.

**Zwei militärfreie evtl. kriegsbeschädigte
Brauer** stellt sofort ein
Dortmunder Victoria-Brauerei A.-G.

Brauer oder Brauerei-Arbeiter zu sofort bei hohem Lohn gesucht. — Keine Mühe vergütet.
Stitz-Brauerei Akt.-Ges., Goerde-Dortmund.

Zünftiger Kaufmann
 aus d. Brauerei-Branche, 44 J. alt, engl., verb. u. militärfrei, sucht leitende Stellung als Direktor, Geschäftsführer, Verwalter oder Buchhalter. Best. Angebote an **J. Schröder, Stettin, Zimmerstraße 34a.**

Brauer, militärfrei, stellt sofort ein bei hohem Lohn
Deutsche Bierbrauerei u. G., Bichelsdorf bei Spandau.

Brauer gesucht.
Ganja-Brauerei A.-G., Dortmund.

**Der stärkste
Brauerschuh**



D. R. Wz. 163 378.
 Modell Fax — Paar 6,50 M., bescholt 7,75 M.
 Bei 2 Paar 1/2 3 Paar franko Inland.
Georg Herr,
 Holzschuhfabrik,
Frankfurt a. M.
 Gelnhäusergasse 5